

Prüfungsarbeit im Staats- und Europarecht II

Zeit: 30 Minuten
Kategorie: Verwaltungsabschlusslehrgang
Hilfsmittel: Bundes- und Landesrechtliche Vorschriften des Maximilian Verlages

Lösen Sie bitte die folgenden Aufgaben unter Angabe der passenden Rechtsgrundlagen und begründen Sie Ihre Antworten!

Sachverhalt

Der Bundestag hat ein Gesetz beschlossen, mit dem der Bundestag auf 5 Jahre gewählt werden soll.

Der Ministerpräsident des Landes Bayern weist den Umweltminister, der das Land im Bundesrat vertreten soll, an, gegen diesen Gesetzesbeschluss zu stimmen.

Die Abstimmung im Bundesrat ergibt folgendes Ergebnis: 49 Stimmen für das Gesetz, 20 Stimmen gegen das Gesetz.

Fragen:

1. Darf der Ministerpräsident den Umweltminister anweisen, in der Sitzung des Bundesrates in bestimmter Weise abzustimmen?
2. Um was für ein Gesetz handelt es sich?
3. Gehen Sie davon aus, dass der Bundesrat mit dem Beschluss des Bundestages zunächst nicht einverstanden war. Erklären Sie kurz das weitere Verfahren, nachdem das Gesetz durch den Präsidenten des Bundestages dem Bundesrat zugeleitet wurde.
4. Wie ist das Abstimmungsergebnis des Bundesrates zu beurteilen? Welche Auswirkungen hat es?
5. Der Bundespräsident weigert sich, das Gesetz auszufertigen, da er es für nicht für verfassungsgemäß hält. Ein Organstreitverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht ergibt, dass das Gesetz sowohl formell als auch materiell verfassungsgemäß ist. Der Präsident weigert sich trotzdem zu unterschreiben. Was kann gegen den Bundespräsidenten nunmehr unternommen werden?